



## **Schatta: Das günstige Schüler- und Azubi-Ticket kommt!**

### **Landtagsabgeordneter Oliver Schatta kündigt Gesetzesbeschluss bis Jahresende an**

**Oliver Schatta, MdL**  
Wahlkreisbüro  
Gieselerwall 2  
38100 Braunschweig

Tel. 0531 – 31704678

[buro@oliver-schatta.de](mailto:buro@oliver-schatta.de)  
[www.oliver-schatta.de](http://www.oliver-schatta.de)

Braunschweig, 28.09.2021. Der Niedersächsische Landtag wird noch in diesem Jahr Verbesserungen für den Öffentlichen Personennahverkehr im Land beschließen. Damit können auch in Niedersachsen Angebote für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende auf den Weg gebracht werden. Die Schüler- und Azubitickets sollen ab Januar 2022 zu einem maximalen Einführungspreis von 30 Euro pro Monat im Jahresabo erhältlich sein.“, freut sich der CDU-Landtagsabgeordnete Oliver Schatta.

Das Gesamtpaket beinhaltet Änderungen des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes und soll im Ergebnis zu einer Erhöhung der gesetzlichen Finanzhilfen für die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger von insgesamt bis zu 30 Millionen Euro je Jahr führen. „Die Landesregierung hatte sich mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber verständigt, dass mit den im Rahmen der vereinbarten Gesetzesänderungen die Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass in Niedersachsen flächendeckend regionale Schüler- und Azubi-Tickets angeboten werden können“, berichtet Schatta weiter.

Die konkrete Planung und Umsetzung entsprechender vergünstigter regionaler Schüler- und Azubitickets, auch für Freiwilligendienstleistende, liegt dabei in der Hand der jeweiligen kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger vor Ort.

**PRESEMITTEILUNG**

„Das ist ein großer Erfolg der Niedersächsischen Landesregierung und des Verkehrsministeriums, die dies in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht haben - zum Ticketpreis von maximal 30 Euro. Dies bedeutet eine erhebliche finanzielle Entlastung vor allem für Auszubildende und die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, die bisher einen höheren Monatsbeitrag zahlen mussten“, so Schatta.